

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

XXIV. GP.-NR

1786 /A(E)

07. Dez. 2011

der Abgeordneten Dr.in Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Weiterentwicklung der Fahrgastrechte

Die mit der VO 1371/2007 der EU unausweichlich nötig gewordenen Fahrgastrechte im Öffentlichen Verkehr (Schiene) wurden - soweit über die direkt anwendbare Verordnung hinaus erforderlich - 2009 mit einem Bundesgesetz umgesetzt, das im April 2010 in Kraft trat.

Auch wenn diese österreichische Regelung im Interesse der Fahrgäste punktuell über die EU-Vorgabe hinausgeht, ist sie sowohl erweiterungs- als auch präzisierungsbedürftig.

Verkehrsministerin Doris Bures hat den Handlungsbedarf selbst bereits mehrfach artikuliert: „Mein Ziel für 2011 ist es auch, die Fahrgastrechte nach den ersten Erfahrungen zu evaluieren und dem österreichischen Parlament eine Novelle zu diesem Gesetz mit weiteren Verbesserungen für die Bahnkundinnen und Bahnkunden vorzulegen“ heißt es etwa im Vorwort der Ministerin zum Tätigkeitsbericht 2010 (III-258 d.B. XXIV.GP) der SCG/Schienen-Control GmbH.

Die SCG beherbergt unter anderem die Schlichtungsstelle und hatte 2010 angesichts unwilliger Unternehmen und interpretierbarer Vorschriften einiges in die Umsetzung der Fahrgastrechte-Vorgaben in Sachen Informationspflichten und Entschädigungsbedingungen bis hin zu wettbewerbsbehördlichen Verfahren und einem Bescheid der Schienen-Control Kommission zu investieren. Auf die besonders schleppende Umsetzung der Vorgaben und der zusätzlich von der SCG eingemahnten Punkte durch die ÖBB-PV AG musste die SCG im besagten Bericht dabei ausdrücklich hinweisen.

Neben der Bundesministerin bekräftigte im erwähnten Bericht auch die damalige SCG-Geschäftsführerin, mittlerweile selbst im BMVIT, die Notwendigkeit von Änderungen: „Für 2011 ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Fahrgastrechte in Aussicht gestellt worden.“

Die Grünen hatten in diesem Sinn bereits 2009 vor der Umsetzung der Fahrgastrechte einen Antrag (788/A(E) XXIV.GP betreffend „mehr Fahrgastrechte für Öffi-Pendlerinnen und -Pendler - Entschädigung bei Unpünktlichkeit, verpassten Anschlüssen, ausgefallenen Verbindungen und weiteren gravierenden Qualitätsmängeln“) eingebracht, um Maßnahmen auch und gerade für die Stammkunden im Nah- und Regionalverkehr einzufordern und damit zu erreichen, dass Pendlerinnen und Pendler mit Zeitkarten als Fahrgäste „zweiter Klasse“ bei den Fahrgastrechten nicht schlechter gestellt werden als Urlaubs- oder Geschäftsreisende im Fernverkehr. Denn gerade wer täglich auf bestmöglich funktionierende Öffentliche Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte angewiesen ist, ist von Qualitätsmängeln besonders oft und oft auch regelmäßig über längere Zeiträume betroffen. Die Grünen wiesen damals auch darauf hin, dass die durch spürbare finanzielle Entschädigungen bei gravierenden oder fortgesetzten Qualitätsmängeln entstehenden Kosten ein entscheidender Anreiz für Verkehrsunternehmen sind, Angebots- und Qualitätsmängel gezielt und aktiv zu bekämpfen, inklusive tieferliegender Ursachen wie einsparungsbedingt unzureichende Erhaltung von Schienennetz und Rollmaterial.

Die Grünen hatten 2009 in einem weiteren Antrag (851/A(E) betreffend „weitergehende Fahrgastrechte im Bahn-Fernverkehr nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten“) auch auf fahrgastfreundlichere Regelungen in anderen Staaten hingewiesen und angeregt, diese für Österreich zu übernehmen, so etwa

- Entschädigungen bereits ab einer Verspätung von 30 statt 60 Minuten,
- klare Festlegung der erfassten Verbindungen (zB Zugkategorie, Entfernung und/oder Fahrzeit) im Sinne größtmöglicher Transparenz für die Fahrgäste, wobei geeignete Sanktionen für Eisenbahnunternehmen vorzusehen sind, die Fernverkehrszüge durch Nah-/Regionalverkehrs-Zugsgattungen ersetzen, um Entschädigungen zu vermeiden,
- fahrgastfreundliche Lösung der Entschädigungsfrage für „gemischt“ durch Nah-/Regionalverkehr und Fernverkehr entstandene Verspätungen,
- Vermeiden von Nachteilen für Fahrgäste durch die Fahrgastrechte-Umsetzung, insbesondere Miteinbeziehung der Anschluss-Sicherung zusätzlich zur Pünktlichkeit auf der Einzelstrecke, um dem für viele Fahrgäste nachteiligen Steigern der statistischen Pünktlichkeit der Einzelverbindung auf Kosten des Abwartens von Anschlusszügen vorzubeugen,
- unternehmensübergreifende, unabhängige Information der Fahrgäste über ihre Fahrgastrechte.

Dringend zu hinterfragen ist im Sinne des Vermeidens von Nachteilen auch die betrieblich bequeme, aber aus Fahrgast- und Steuerzahlerperspektive ärgerliche „Pünktlichkeit durch Langsamkeit“: Denn die nominell gestiegene Pünktlichkeit zB des ÖBB-Personenverkehrs wird neben dem Ausfallen-Lassen unpünktlicher Züge nicht zuletzt dadurch erreicht, dass die Fahrzeiten angehoben bzw. trotz mit Milliardensummen verbesserter Infrastruktur und unvergleichlich leistungsstärkeren Triebfahrzeugen nicht oder nicht adäquat reduziert wurden. Das Motto dabei scheint zu lauten: Schnell und pünktlich schaffen wir nicht, unpünktlich kostet Image und neuerdings im Rahmen der Fahrgastrechte auch (ein wenig) Geld, also machen wir es langsam und mit Reserven und damit halbwegs pünktlich.

Laut dem im Juli 2011 veröffentlichten SCG-Tätigkeitsbericht hatte auch die SCG bereits zuvor Verbesserungsvorschläge ans BMVIT übermittelt, die insbesondere auf die schwierige Umsetzung dieses Gesetzes, welches in entscheidenden Bestimmungen auslegungsbedürftig bzw. in manchen Bestimmungen nur schwer administrierbar ist, abstellten und eine entsprechende Novellierung angeregt, die „voraussichtlich 2011 erfolgen“ werde. Die Vorschläge sind in dem erwähnten Bericht skizziert und greifen auch einige bereits 2009 formulierten Anregungen der Grünen und anderer Organisationen - zB AK, VCÖ - auf:

- Möglichst wenige Ausnahmen vom Anwendungsbereich der VO (EG) Nr. 1371/2007
- Vorort- und Regionalverkehr sollte nicht so weitgehend ausgenommen werden.
- Differenzierung der Entschädigungen bei Einzelfahrkarten zwischen Nah-/Regional- und Fernverkehr überdenken.
- innerösterreichisch angesichts der kurzen Distanzen bereits bei einer Verspätung von mehr als 30 (statt 60) Minuten Entschädigungs-Anspruch vorsehen
- Angesichts der kurzen
- Erweiterung der Rechte der Schienen-Control Kommission in Verfahren,
- Strafbestimmungen genügen bisher nicht den Vorgaben der EU-Verordnung und sollten vervollständigt und verschärft werden
- Recht auf Überprüfung der Tarife und Beförderungsbedingungen auf Gesetzmäßigkeit für mehr Transparenz und Akzeptanz bei den Fahrgästen nötig.

Seitens der Arbeiterkammer liegen zB vom Juni 2011 konkrete Forderungen vor:

- Ausweitung der Fahrgastrechte auf MonatskarteninhaberInnen
- ausgefallene Züge sind in den Pünktlichkeitsstatistiken mitzuzählen.
- Ein Fahrgast- und Qualitätsbeirat soll zur Qualitätssicherung vorgesehen werden.
- Qualitätskriterien für Ausbildung und Beschäftigungsbedingungen der Bediensteten im Öffentlichen Verkehr ist auch aus der Fahrgast-Perspektive zentrales Augenmerk zu schenken.

Die hier dringend offenbar von vielen Seiten und seit längerem für nötig befundenen Korrekturen zum Vorteil der Fahrgäste erfordern rasches politisches Handeln der Regierung, mit dem nicht länger, zB auf den Fristablauf bei der Umsetzung der Bus-Fahrgastrechte, gewartet werden sollte.

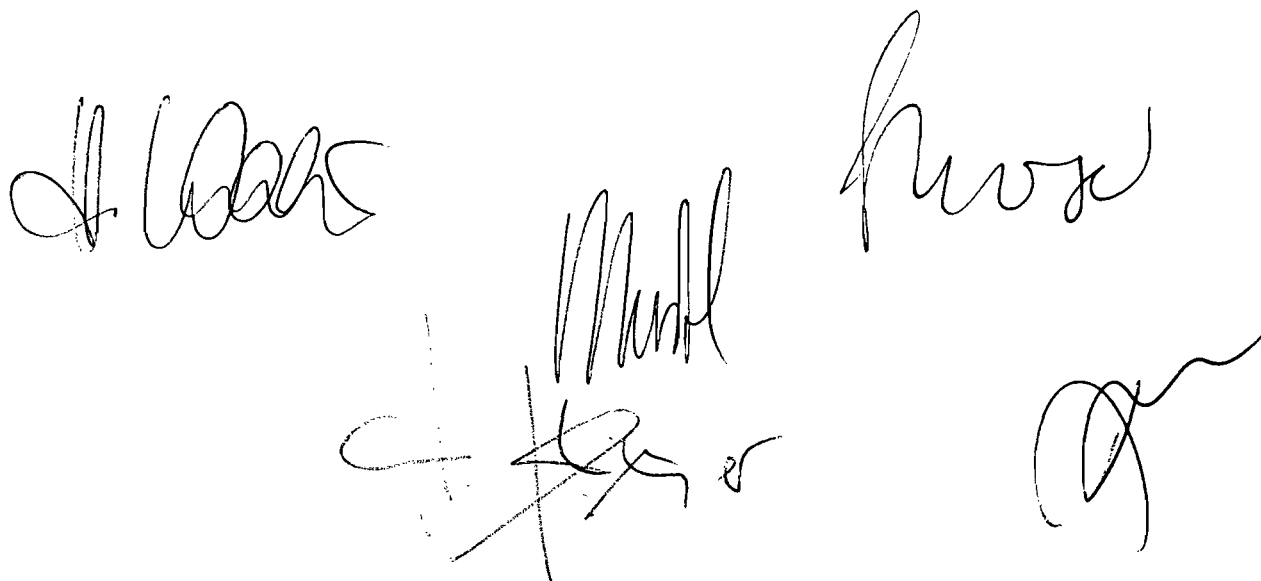
Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, den für 2011 angekündigten weiteren Ausbau der Fahrgastrechte im Öffentlichen Verkehr (Schiene) rasch auf den Weg zu bringen und dem Nationalrat zu diesem Zweck umgehend einen Vorschlag auf Basis der in der Begründung zitierten, seit längerem vorliegenden Anregungen zuzuleiten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuss vorgeschlagen.

The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains three signatures, and the bottom row contains two. The signatures are stylized and cursive, typical of official documents from the Austrian National Council.